

Zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstenfeldbruck

Teil 2: Prominente Einzelfälle

(1. Teil)

Von Peter Bierl

Von Mai 1946 bis Dezember 1948 wickelte die Spruchkammer Fürstenfeldbruck die Entnazifizierung im Landkreis ab, was in dieser Amperland-Serie dargestellt und analysiert wird. In Teil 1 (Amperland 43/1 [2007], S. 11–18) wurden die Bildung der Spruchkammer sowie die politischen Querelen um das Personal beschrieben. In diesem zweiten Teil sollen nun exemplarisch 16 von insgesamt rund 70 untersuchten Fällen skizziert werden. Ausgewählt wurden aufgrund ihrer Funktionen und Bedeutung drei Angehörige der Kreisleitung der NSDAP, zwei Ortsgruppenleiter, drei Bürgermeister, fünf Angehörige der SA bzw. SS stellvertretend für andere Mitglieder dieser Terrorverbände, zwei Unternehmer, die Zwangsarbeiter beschäftigten, sowie der Bezirksarzt von Fürstenfeldbruck, der Zwangssterilisierungen von Frauen mit veranlasste.

Der Bierbrauer von Maisach

Dreizehn Jahre alt war Anna Mirlandinowitsch, als sie als Arbeitsklavin verschleppt wurde. Die Jugoslawin musste in Maisach in einer Brauerei und in der Landwirtschaft arbeiten. Der Vorarbeiter schlug sie und ihre Schwester. Im Winter erlitt Anna beim Eisschlagen Erfrierungen an den Beinen. Sie wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Nach ihrer Entlassung konnte sie nicht gleich wieder arbeiten und bekam deshalb in der Brauerei vier Wochen lang nichts zu essen, berichtete Mirlandinowitsch der Spruchkammer Fürstenfeldbruck 1947. Das junge Mädchen überlebte dank dessen, was polnische, russische und französische Leidensgenossen von ihren kargen Rationen abgaben.¹

Anna Mirlandinowitsch und andere Zwangsarbeiter sagten im Entnazifizierungsverfahren gegen den Landwirt und Brauereibesitzer Jakob Sedlmayr aus. Dieser und sein Vorarbeiter sowie ein Maisacher Gendarm sollen die Arbeitsklaven immer wieder verprügelt haben. Manchmal habe der Bierbrauer sie auch bei NS-Kreisleiter Franz Emmer denunziert. Der Leiter des Arbeitsamtes berichtete, selbst deutsche Frauen hätten nicht freiwillig zum Arbeitseinsatz in die Brauerei gehen wollen, weil deren Chef als grob galt und Arbeiter bei Emmer anschwärzte.² Der Maisacher Bürgermeister bezeichnete Sedlmayr als Naziaktivisten.³ Vertreter von CSU, SPD und KPD schrieben in einer gemeinsamen Erklärung: »Er war ein sehr guter Nazi und Ausbeuter seiner Arbeiter. Bei jeder Gelegenheit drohte er seinen Leuten mit der Meldung beim Kreisleiter Emmer. Er war ein guter Freund von Emmer. Er ließ seine ausländischen Arbeiter durch die Polizei schlagen.«⁴

Jakob Sedlmayr war der NSDAP 1933 beigetreten und gehörte der SA 1934/35 an, außerdem dem NS-Fliegerkorps, der NS-Volkswohlfahrt (NSV), dem Kriegerbund und dem Altherrenverband der Nazis sowie der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Er fungierte als Aufsichtsrat der Molkereigenossenschaft von Bruck.⁵ Zu seiner Verteidigung behauptete er, der NSDAP bloß beigetreten zu sein, um seinen Sitz im Gemeinderat nicht zu verlieren; außerdem habe man als Geschäftsmann Parteigenosse sein müssen. Zur SA sei er gegangen, weil ihm ein Freund gesagt habe, dort sei man »so nett beisammen, es wird Karten gespielt«.⁶ Der Anwalt räumte ein, dass sein Mandant in zwei Fällen Zwangsarbeiter geschlagen

habe. Ansonsten sei Sedlmayr anständig geblieben, habe Nazimethoden abgelehnt und sogar Habseligkeiten von Juden jahrelang aufgehoben. Wegen seines Besitzes habe er jedoch viele Feinde gehabt.⁷

Negativ wertete die Spruchkammer, dass der Brauereibesitzer seine Entlastungszeugen, unter ihnen Kreisleiter Emmer, vor der Verhandlung zum Essen eingeladen hatte. Emmer wurde extra aus dem Internierungslager gebracht und nächtigte im Anwesen des Beschuldigten, der leugnete, mit ihm gut befreundet zu sein. Die Kammer unter Vorsitz von Karl Loichinger (KPD) verurteilte den Bierbrauer im Januar 1947 als Hauptschuldigen zu vier Jahren Arbeitslager.⁸ Nach der Verhandlung wurde sofort Haftbefehl wegen Fluchtgefahr erlassen und der Mann in das Lager Augsburg-Göggingen eingewiesen.

Wie etliche andere NSDAP-Mitglieder in Bruck profitierte der Bierbrauer davon, dass ihre Anwälte und Politiker der rechtspopulistischen »Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung« (WAV) den Spruchkammervorsitzenden Loichinger aus dem Amt jagten. Ihre Verfahren wurden wegen Formfehler wiederholt, wodurch sie deutlich mildere Urteile erreichten. Der Anwalt des Brauers gehörte zu jenen Juristen, die sich im Februar 1947 bei einem Treffen im Sonderministerium über Loichinger beschwerten. Die Beamten signalisierten, dass auch sie den Mann loswerden wollten und erbaten belastendes Material.⁹ Wenige Wochen später wurde Loichinger vom Sonderminister für Entnazifizierung, dem WAV-Vorsitzenden Alfred Loritz, suspendiert.¹⁰

Im Juni hob die Berufungskammer Oberbayern den Spruch gegen Sedlmayr auf und entließ ihn aus dem Arbeitslager. Der neue Brucker Spruchkammervorsitzende Friedrich Lugmair leitete die zweite Verhandlung. Diesmal traten keine ehemaligen Zwangsarbeiterinnen auf, die Sedlmayr hätten belasten können. Am 8. September 1947 wurde der Brauer als Mitläufer eingestuft und musste 2000 Reichsmark Sühne bezahlen. Er sei nur Mitglied der SA-Reserve gewesen, habe im Kirchenchor gesungen und als NS-Mitglied noch jüdische Geschäftspartner gehabt, heißt es in der Begründung. Tätlichkeiten gegen Ausländer und Kriegsgefangene habe der Bierbrauer nur begangen, wenn diese ihm einen Anlass boten.¹¹ Lugmair gehörte dem Bayerischen Landtag seit Ende 1946 als Abgeordneter der WAV an. In dieser Partei amtierte Lugmair zum Zeitpunkt der zweiten Verhandlung gegen Sedlmayr als einer von fünf Vorsitzenden, nachdem Loritz gestürzt worden war.¹² Im Juli 1947 verließ Lugmair die WAV und bildete mit vier Kollegen eine neue Fraktion im Bayerischen Landtag, die zuerst als »WAV-Opposition« firmierte.¹³ Im Oktober fanden sich die beiden Spaltprodukte WAV und WAV-Opposition kurzfristig wieder zusammen, bevor Lugmair und einige andere Abtrünnige eine Fraktion der rechtsextremen WAV-Abspaltung »Deutscher Block« im Landtag bildeten, der ebenfalls keine lange Dauer beschieden war.¹⁴ Schließlich landete Lugmair bei der Splittergruppe »Deutsche Partei für Freiheit und Recht« (DPFR), die mit weiteren fraktionslosen Abgeordneten, die zur Bayernpartei tendierten, die »Freie Parlamentarische Vereinigung« bildeten.¹⁵ Der Maisacher Bierbrauer Sedlmayr, der unter dem Vorsitz des WAV-Land-

tagsabgeordneten Lugmair zum Mitläufer herabgestuft worden war, kandidierte im April 1948 auf der Liste der Brucker WAV für den Kreistag und errang hier den einzigen Sitz für die rechtspopulistische Chaostruppe.¹⁶

Die Brucker Trias: Ortsgruppenleiter Böck, Kreisleiter Emmer und Schulungsleiter Gruber

Brucker Nazis profitierten nicht nur von politischen Intrigen. Für die Funktionsträger der Partei und des Regimes bewährte sich eine gewisse Hartnäckigkeit. Mit Ausnahme des Gröbenzeller SA-Mannes Anton Bauer kamen die Betroffenen in allen hier vorgestellten Fällen am Ende mit geringeren Strafen davon, darunter auch der Brucker NSDAP-Ortsgruppenleiter Heinrich Böck. Der Stadtpfarrer von Bruck, Martin Mayr, schrieb 1947, eine Trias aus Böck, Kreisleiter Franz Emmer und Kreisschulungsleiter Georg Gruber habe während der NS-Zeit im Landkreis geherrscht. Böck »bevorzugte den Standort des mehr unsichtbaren Regisseurs hinter den Kulissen, war aber deswegen nicht weniger gefährlich, verhängnisvoll und – verantwortlich«.¹⁷ Der zweite Bürgermeister Michael Neumeier (SPD) nannte ihn einen der aktivsten Nazis der Stadt. Stadtverwaltung, Landrat und Spruchkammer stuften ihn als Hauptschuldigen ein und baten das Sonderministerium, den Fall nicht im Internierungslager, sondern vor Ort verhandeln zu lassen.¹⁸ Böck wurde am 22. Oktober 1894 in München geboren, absolvierte die Volksschule und ließ sich zum Lehrer ausbilden. Er war bis 1915 als Aushilfslehrer in Linden bei München tätig. Im Ersten Weltkrieg diente er als Unteroffizier bei der Artillerie. 1919 legte er das Staatsexamen ab und wurde ein Jahr später Lehrer in Egling bei Landsberg. Ab 1930 arbeitete Böck in der roten Bergarbeiterstadt Penzberg. Am 6. April 1933 wurde er auf sein Ersuchen hin nach Bruck versetzt und dort im August als Beamter auf Hitler vereidigt. Im

Juni 1941 beförderte ihn die Regierung zum Stellvertreter des Schulleiters an der Knaben-Volksschule.¹⁹

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte Böck einem »Wehrkraftverein« angehört. Als Erzieher war er im Bayerischen Lehrerverband organisiert. Am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei, Mitgliedsnummer 1.722.618, einen Monat später dem NS-Lehrerbund (NSLB). Zunächst fungierte Böck als Sozialreferent der Gau-Hitlerjugend (HJ) und als HJ-Schulobmann. Im Februar 1934 wurde er »Schulungswalter« des NSLB, im Mai Kreisabteilungsleiter für Volksbildung und im Oktober Ortsgruppenleiter von Fürstenfeldbruck. 1936 wurde er zum Beigeordneten im Stadtrat ernannt. Außerdem gehörte er dem »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) und dem Reichskolonialbund an. Im März 1938 war Böck als Soldat am deutschen Einmarsch in Österreich, ein Jahr später am Überfall auf Polen beteiligt und stand 1940 quasi auf Wacht am Rhein. Als Konfession gab Böck 1941 im Personalbogen des Amtes für Erzieher wie so viele Brucker NS-Funktionäre »gottgläubig« an, war also aus der Kirche ausgetreten, begriff sich aber auch nicht als glaubenslos.²⁰

Als Lehrer war Böck zum Einpeitscher prädestiniert, anhand des Amts- und Parteiblatts *Fürstenfeldbrucker Zeitung* lässt sich sein Einsatz nachvollziehen.²¹ Ab 1937 war er als Kreisredner und ab 1938 als Gaufachredner des NSLB tätig.²² Zur Stadterhebung Brucks verfasste er 1936 eine Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe. Eine Lehrerkollegin schrieb 1947, Böck sei der »oft unsichtbare Drahtzieher und Diktator« in Bruck gewesen, den die meisten Lehrerinnen gefürchtet hätten.²³

Am 29. April 1945 wurde Ortsgruppenleiter Böck von den Amerikanern interniert. Der Spruchkammerprozess gegen ihn fand erst drei Jahre und drei Monate später und wegen des großen Interesses der Brucker im Jungbräusaal und nicht im Amtsgericht statt. Der Kläger erklärte, Böck sei »ein brutaler und gefürchteter Nazist« gewesen, der die Gemeinde tyrannisierte und die Bürger mit Naziideologie »versucht« habe, ein Fanatiker bis zur letzten Minute.²⁴ Böck dagegen erklärte zu seiner Funktion als Ortsgruppenleiter: »Ich habe mich am Anfang gesträubt.«²⁵ Für alle seine Taten sei Kreisleiter Emmer verantwortlich. Vorgeworfen wurde Böck insbesondere die Denunziation von Berthold Lehmann, der als Jude in Berg am Laim kaserniert war und heimlich seine Frau besucht hatte. Böck soll die Polizei aufgefordert haben, Lehmann zu verhaften, berichteten in der Verhandlung sowohl Lehmann selbst als auch der Polizist, der ihn festnahm. Böck stritt alles ab und behauptete, er habe den Polizisten nur geschickt, um Lehmann zu warnen. Lehmann tauchte im September 1942 ab und wurde von einem Brucker bis Kriegsende im Keller versteckt.²⁶

Die Kammer unter Vorsitz von Arthur Hantke stufte Böck als Beschuldigten, Gruppe 2, ein. Wegen der Sache Lehmann und weil der Ortsgruppenleiter einen Lehrerkollegen ins Gefängnis gebracht hatte, wurde Böck zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt, von denen drei durch die Internierung abgegolten waren.²⁷ Böck legte Rechtsmittel ein. Die Berufungskammer in München reduzierte das Strafmaß im Oktober 1949 auf zwei Jahre Arbeitslager, womit sich Böck nicht zufrieden gab.²⁸ Seine Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens und Berufung wurden jedoch abgelehnt.²⁹

Im Juni 1952 bat der Brucker Stadtrat das Kultusministerium, Böck wieder als Lehrer in Bruck anzustellen. Böck unterrichtete zu diesem Zeitpunkt mit Erlaubnis des Ministeriums an der Berufsschule Neu-Ulm schon wieder in technischen Fächern; im Brucker Rathaus regierte mit Fritz Bauer als



Heinrich Böck, Ortsgruppenleiter der NSDAP in Fürstenfeldbruck

Foto: Bundesarchiv Berlin

Bürgermeister ein Mann, der selbst als Mitläufer eingestuft worden war und als Anwalt viele lokale Nazigrößen in Spruchkammerverfahren verteidigt hatte, wie wir noch sehen werden. Böck habe sich als Ortsgruppenleiter »in kleinster Weise nationalsozialistischer verhalten [...], als dies bei der großen Mehrzahl der übrigen Lehrkräfte in dieser Zeit [...] der Fall gewesen ist«, heißt es in dem Brief aus dem Brucker Rathaus. Das ist eine Formulierung, die wenig über Böck aussagt, sondern nur beinhaltet, dass die meisten Lehrer Nazis waren, was zutrifft. Böck, so argumentiert die Stadtverwaltung, sei mit Erfolg bemüht gewesen, den Schülern »auch die erforderlichen geistigen und sittlichen Werte zu vermitteln«. Der Stadtrat bescheinigte ihm eine »untadelige Dienstleistung«. Der spätere SPD-Stadtrat Helmut Geys erinnerte sich 1997 an eine Unterrichtsstunde, die Böck mit den Worten eröffnete: »Beim Reichsparteitag in Nürnberg ist die SA in Zwölferreihen aufmarschiert. Und so kommen wir heute zum Zwölfer-Einmaleins.«³⁰ Im September 1959 starb Böck; das bayerische Justizministerium milderte die Sühnebestimmungen der Spruchkammer und gewährte der Witwe einen Teil des Unterhalts auf zwei Jahre.³²

Auch Kreisleiter Franz Emmer schaffte es, sein Strafmaß zu minimieren. Statt sein gesamtes Vermögen zu verlieren, wie die Brucker Spruchkammer zunächst beschlossen hatte, musste Emmer, der bis zum Tod ein überzeugter Nationalsozialist blieb, am Ende nur eine Buße von 500 Mark bezahlen. Emmer war ein Nazi der ersten Stunde. Im Februar 1920 kehrte er aus französischer Kriegsgefangenschaft zurück und schloss sich einige Wochen später der NSDAP an, nachdem er Adolf Hitler auf einer Versammlung in Rosenheim gehört hatte. »Vom ersten Tag meiner Mitgliedschaft an war ich ständig in irgendeiner Form aktiv für die NSDAP tätig«, schrieb Emmer 1942.³³ Nach einigen Monaten wurde er in den Vorstand berufen und Teilhaber des *Völkischen Beobachters*. Er betätigte sich als »Ausspracheredner« in gegnerischen Versammlungen. Seit 1921 war der gelernte Kaufmannsgehilfe bei der Firma »Kathreiners Nachfolger« als Vorsitzender des Betriebsrates tätig. Er sei damit »immerhin der erste nationalsozialistische Betriebsrat in Deutschland« gewesen, wie Emmer notierte.³⁴

Im gleichen Jahr verließ er die Partei schon wieder, angeblich nachdem er sich mit Hitler überworfen hatte. 1922 will sich Emmer von »seinem Führer« zum Wiedereintritt überreden haben lassen. Bei Hitlers Putschversuch zählte Emmer eigenen Angaben zufolge zu jenem Trupp, der am 8. November 1923 zusammen mit General Erich Ludendorff und Hermann Göring den Bürgerbräusaal in München stürmte. Nach dem Verbot der NSDAP betätigte sich Emmer bei den Tarnorganisationen »Völkischer Block« und »Großdeutsche Volksgemeinschaft« und besuchte Hitler zweimal in seinem Luxusgefängnis in Landsberg. Im Juli 1926 trat Emmer der neugegründeten Naziartei offiziell wieder bei. Ab 1929 fungierte er als Zellen- und Sektionsleiter in München und zog als Redner durch die Lande. Ein erfolgreicher Auftritt in Alling brachte Emmer im März 1932 den Posten eines ehrenamtlichen Kreisleiters von Fürstenfeldbruck. Er wohnte weiter in München und arbeitete für die DAF. Von 1936 bis 1942 war Emmer hauptamtlicher Vorsitzender des Disziplinar- und Ehrengerichts der DAF. 1942 übernahm er auf Vorschlag von Gauleiter Paul Giesler in Personalunion die Kreisleitung von Dachau. Der Gauleiter sorgte dafür, dass Emmer, der inzwischen in Bruck wohnte, nun als hauptamtlicher Parteifunktionär sein Einkommen verdiente.³⁵

Die Historikerin Barbara Fait schreibt in ihren Porträts der



Franz Emmer, Kreisleiter der NSDAP in Fürstenfeldbruck Foto: Bundesarchiv Berlin

Kreisleiter des Münchner Umlands, Emmers Karriere sei angesichts seiner Kontakte zu Hitler und anderen Größen dürftig geblieben. »Er zog es vor, unangefochtener Herrscher in seinem eigenen kleinen Territorium zu bleiben. Dort schaltete und waltete er zum Verdruss der übergeordneten Dienststellen in hohem Maße aus eigener Machtvollkommenheit, ohne dass sich die Gauleitung getraute, das Enfant terrible mit seinen guten Kontakten zur obersten Parteileitung zu maßregeln oder gar abzusetzen.«³⁶ So habe Emmer gelegentlich darauf verzichtet, politische Gegner, die denunziert worden waren, der Gestapo auszuliefern, um seine Unabhängigkeit zu wahren.

Stattdessen bestellte er die Opfer in Bruck in die Kreisleitung, brüllte sie zusammen und schlug sie brutal oder drohte mit der Einlieferung ins KZ Dachau. Im Juli 1941 ließ er eine Frau verhaften, die eine Liebesbeziehung zu einem französischen Kriegsgefangenen hatte. Emmer stellte die Frau auf dem Marktplatz an den Pranger, ein Friseur musste sie kahlsheren. Sie bekam ein Schild mit der Aufschrift: »Ich bin eine deutsche Hure« umgehängt. Ortsgruppenleiter Böck soll seine Schüler an der auf dem Hauptplatz an einem Stuhl festgebundenen und kahlgeschorenen Frau vorbeigeführt haben. Die Frau, die im zweiten oder dritten Monat schwanger war, brach zusammen und verlor kurz darauf ihr Kind.³⁷

Das Spruchkammerverfahren gegen Emmer fand im Oktober 1948 in der Jahnhalle in Fürstenfeldbruck statt. Knapp 30 Belastungszeugen traten gegen ihn auf. Emmer selbst bekannte in einer Rechtfertigungsschrift, er sei ein »überzeugter Nationalsozialist, ein ehrlicher Kämpfer für die nationalsozialistische Idee, jedoch eines Nationalsozialismus eige-

ner Prägung«. Die Kammer verurteilte ihn am 13. Oktober als Hauptschuldigen zu sechs Jahren Arbeitslager, zu Einzug des Vermögens (außer dem Einfamilienhaus in München) und 20 Prozent seines Einkommens sowie zu Verlust der Rente und der Bürgerrechte. Sie warf ihm »gewalttätiges, aggressives, aktivistisches Verhalten« vor.³⁸

Sein Verteidiger Fritz Bauer legte Berufung ein. Die Berufungskammer München bestätigt das Urteil und schrieb, Emmer sei der »Typ des nationalsozialistischen Gewaltmenschen, dem, aus kleineren Kreisen kommend, der Machtdünkel zu Kopfe gestiegen ist«. Aber die Kammer reduzierte das Strafmaß auf viereinhalb Jahre Arbeitslager und zehn Prozent Sonderabgabe auf sein Einkommen. Erfolgreich beantragte Emmer im Dezember 1949 vor dem Kassationshof eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Die Hauptkammer München erhöhte das Strafmaß auf fünf Jahre. Die Frau, die Emmer an den Pranger gestellt hatte, weigerte sich, nochmals auszusagen. »Ich empfinde die ständige Zitierung vor die Spruchkammer wie eine Art Fortsetzung der Bedrängungen im Dritten Reich. Ich habe das stärkste Bedürfnis und Recht von diesen Dingen endlich meine Ruhe zu haben«, schrieb sie dem Gericht.³⁹

Aber Emmer blieb hartnäckig. Die Berufungskammer reduzierte das Strafmaß auf viereinhalb Jahre Haft, die durch die Internierung abgegolten war. 1951 stellte Emmer einen Gnadenantrag. Seine unveränderte Gesinnung kommt in der Begründung zum Ausdruck: Er habe ja keine politischen Gegner belästigt, sondern es habe sich »in allen Fällen um asoziale, ja teilweise minderwertige Elemente [...] gehandelt«. Im Mai 1953 wurde die Strafe auf 6000 DM reduziert, dabei besaßen er und seine Frau jeweils ein Einfamilienhaus. Einen weiteren Antrag auf Wiederaufnahme lehnte die Justiz im September 1955 ab. Dafür reduzierte das bayerische Justizministerium die Geldstrafe auf dem Gnadenweg 1957 auf 500 DM Buße.⁴⁰ Ein Jahr zuvor hatte Emmer sich selbst gefeiert, für seinen »35-jährigen Kampf, besser gesagt Arbeit für Volk und Vaterland«, auch engagierte er sich für die »Deutsche Reichspartei«, einen Vorläufer der NPD.⁴¹

Mit einer Geldbuße von 100 Mark kam der Kreisschulungsleiter Georg Gruber davon, ein fanatischer Nazi, der bis April 1945 Durchhalteparolen ausgab. Am 18. März 1945 hatte er Glück, als ein amerikanischer Tiefflieger im westlichen Landkreis nur sein Auto traf. Seine Personalakte zeigt, dass Gruber als Lehrer selbst nach damaligen Maßstäben ein brutaler Sadist war. Gruber wurde 1889 in Oberkotzau nördlich von Marktredwitz geboren. Seit 1908 arbeitete er als Hilfslehrer in Egenhofen. In einem Visitationsbericht von 1910 heißt es über Gruber: Er sei zwar fleißig, »doch wurde der natürliche Frohsinn und die Freudigkeit der Kinder durch zu geringe Geduld und Milde des Lehrers sichtlich niedergedrückt. Das Chorsprechen ist mehr zu sprachlichen Zwecken als beim Rechnen anzuwenden.«⁴²

1913 wurde Gruber nach Sigmertshausen im Landkreis Dachau versetzt. Von dort ist die erste einer Reihe von Streitereien dokumentiert, in denen es jeweils um Gewalttätigkeiten ging, die Gruber vorgeworfen wurde. Der Bürgermeister von Sigmertshausen drohte Gruber wegen eines Vorfalls sogar in einer Ratssitzung Ohrfeigen an. 1927 wurde der Lehrer nach Aufkirchen versetzt. In den folgenden Jahren beschäftigten sich das Bezirksamt Fürstfeldbruck und die Gendarmerie mit den Vorwürfen von Eltern. Ein Anwalt schrieb dem Bezirksamt, Gruber würde Kinder rücksichtslos, aus Willkür und Sadismus schlagen. Der Müller von der Furthmühle in Egenhofen berichtete, Gruber habe in einem Fall einen

Schüler von Unterschweinbach im Trab um die Bänke laufen lassen und jedesmal zugeschlagen, wenn der Bub an ihm vorbeikam. In Vernehmungen im Bezirksamt zogen betroffene Kinder jedoch ihre Vorwürfe zurück. Gruber erklärte, er habe das ihm zustehende Züchtigungsrecht nicht überschritten, eine Kollegin und der Bürgermeister von Aufkirchen verteidigten ihn. Das Bezirksamt übernahm die Behauptung des Lehrers, gegen ihn würde im Dorf gehetzt.⁴³

Am 1. April 1933 trat Gruber dem NS-Lehrerbund (NSLB) bei, einen Monat später der NSDAP. Er avancierte zum Kreisredner, zum Gaufachredner des NSLB und zum Kreisschulungsleiter der NSDAP. Außerdem besaß er nach eigenen Angaben den Rednerausweis des Rassenpolitischen Amtes Gau München und Oberbayern.⁴⁴ Gruber war zumindest im Landkreis ständig im Einsatz. Im Rahmen eines »prächtigen Lichtbildervortrages« sprach Emmer nach einem Bericht des Amts- und Parteiblattes *Fürstfeldbrucker Zeitung* am 15. November 1938 in Bruck über den »Kampf der Sudeten-deutschen um die Rückkehr ins Reich«. Zwei Wochen später schwadronierte er in der Germeringer Bahnhofswirtschaft über die faschistische Weltanschauung, »deren Lebensgesetze die Natur gab und die vom Schöpfer stammen«.⁴⁵

Im April 1936 wurde Gruber als Lehrer in die Kreisstadt versetzt und im März 1941 zum Rektor mit einem Grundgehalt von 5800 Reichsmark befördert. Einige Monate später beklagten sich einige Frauen beim Bezirksamtmann, Gruber würde »im Unterricht eine sexuelle Aufklärung in einer ungeeigneten Weise und unter Verwendung von höchst anstößigen Ausdrücken« erteilen. Gruber bestritt die Vorwürfe und zeigte zwei Frauen an, um seine »Ehre« wiederherzustellen. Der Bezirksamtmann Karl Sepp – der Posten entspricht dem des heutigen Landrats – lavierte und meldete dem Regierungspräsidenten von Oberbayern, ein Teil der Eltern habe wegen Grubers kirchenfeindlicher Einstellung, die er in den Unterricht trage, »berechtigten Anlass zur Klage«.⁴⁶ Im Oktober 1942 veröffentlichte das Bezirksschulamt eine Bekanntmachung, in der alle Gerüchte als unbegründet zurückgewiesen wurden. Gruber habe die Anzeigen aber »mit Rücksicht auf die Zeitumstände« zurückgezogen. In den folgenden zwei Kriegsjahren gab es weitere Vorwürfe, Ermittlungen und Strafverfahren gegen Frauen, die sich über Gruber beschwert hatten, weil dieser verlangte, zum Schutz seiner Ehre einzugreifen.⁴⁷

Die Amerikaner internierten Gruber nach der Befreiung in Moosburg. Von der Spruchkammer des Lagers wurde der Kreisschulungsleiter im Juli 1948 als minderbelastet in die Gruppe 3 eingestuft. Als Bewährungszeit wurden zwei Jahre festgelegt, auch sollte er 50 RM Strafe zahlen. Gruber legte Berufung ein und die Hauptkammer München-Land mochte in ihm im Februar 1949 nur noch einen Mitläufer erkennen. Sie verhängte 150 Mark Geldbuße. Gruber war noch nicht zufrieden und erreichte, dass die Berufungskammer die Geldbuße auf 100 Mark reduzierte.⁴⁸ Seinen Lebensabend verbrachte Rektor Gruber in einem Altenheim in Bruck, wo ihm der Bürgermeister zum 90. Geburtstag gratulierte und ein Geschenk überreichte.⁴⁹

Die Führerin der NS-Frauenschaft

Die ehemalige Führerin der NS-Kreisfrauenschaft stellte im Entnazifizierungsverfahren ihre Tätigkeit als eine Art Kampf um Gleichberechtigung dar, dabei hatten sich Frauen nach Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus unterzuordnen. »Ich weiß nicht, ob es ein Verbrechen ist, wenn man eine Frau dazu auffordert, mehr am öffentlichen Leben teilzunehmen

und sich auch etwas mit Politik zu befassen«, erklärte Franziska Heitmeyr der Spruchkammer im September 1948.⁵⁰ Kreisleiter Emmer hatte Heitmeyr 1935 als »aktivste und älteste Kämpferin des Kreisgebietes« gelobt. Sie sei ideologisch »gefestigt und einwandfrei«, organisatorisch »hervorragend, bewährt«, propagandistisch »besonders befähigt«, rednerisch »bewährt und entwicklungsfähig«, meldete er später vorgesetzten Parteistellen.⁵¹

Im Entnazifizierungsverfahren sah sich Heitmeyr mit Zeuginnen konfrontiert, die aussagten, von ihr zum Mitmachen in Naziverbänden gedrängt worden zu sein. Eine Frau berichtete, sie sei entlassen worden, weil sie nicht wollte.⁵² Auch der Brucker Bürgermeister Wachter stellte Heitmeyr ein schlechtes Zeugnis aus. Er beschrieb sie als »eine der tiefgläubigsten und fanatischsten Anhängerinnen Adolf Hitlers«, die noch einmarschierende Amerikaner mit »Heil Hitler« begrüßt habe. Heitmeyr habe ständig Propagandavorträge gehalten und sich »mit aller Energie für die Werbung neuer Mitglieder eingesetzt«.⁵³ Einer Nachbarin soll sie gesagt haben, sie würde auch das Badewasser ihres geliebten Führers trinken.⁵⁴

Heitmeyr wurde 1893 in München geboren, absolvierte die Volksschule und eine hauswirtschaftliche Berufsschule und arbeitete als Kinderfräulein und »Stütze im Haushalt«. 1916 heiratete sie. Im Februar 1918 wurde ihr Mann an der Front verwundet. Im Dezember 1918 zog das Ehepaar nach Fürstentfeldbruck. Der Ehemann trat der NSDAP 1930 bei, »weil ihm dort die Debatten über die Lösung der sozialen Frage am besten gefielen«. Sie selbst schloss sich 1929 der NS-Frauenschaft an, wurde 1931 Parteigenossin und 1932 Mitglied im Tierschutzverein. »Am meisten war ich von der Nationalsozialistischen Bewegung angetan, denn ihre Parole war Arbeit und Brot für alle zu schaffen«, schrieb Heitmeyr nach dem Krieg. 1932 avancierte die fünffache Mutter und Hausfrau zur Ortsfrauenschaftsführerin. Im Juni 1934 übernahm sie die Führung der NS-Frauenschaft im Landkreis, dazu die des Deutschen Frauenwerkes und wurde Kreisfrauenwalterin der DAF, also eine lokale Multifunktionärin.⁵⁵

Im Juni 1945 internierten die US-Behörden sie im Lager Augsburg-Göggingen. Zwei Jahre später wurde Heitmeyr zur Verhandlung in Bruck entlassen. Im Prozess stellte die ehemalige Frauenschaftsführerin ihre Tätigkeit so dar, als habe sie vor lauter Mütterschulung und Säuglingskursen mit Politik kaum zu tun gehabt, was im Widerspruch zu ihrer eingangs zitierten Äußerung steht, es könne kein Verbrechen sein, Frauen aufzufordern, sich politisch zu betätigen.⁵⁶ Auf einer Arbeitstagung der NSDAP-Kreisleitung im März 1935 hatte Heitmeyr über die Rolle der NS-Frau gesprochen und an alle Frauen appelliert, auch am politischen Leben ihrer Männer teilzuhaben.⁵⁷ Außerdem hatte Heitmeyr politische Bewertungen über Brucker Frauen für übergeordnete Parteinstanzen verfasst.⁵⁸

Die Spruchkammer urteilte am 8. November 1948, Franziska Heitmeyr habe die NS-Herrschaft wesentlich gefördert und unterstützt, ihr Amt »mit Eifer und Überzeugung« ausgeübt und viele Frauen für die NSDAP gewonnen. Heitmeyr wurde in die Gruppe 3 der Minderbelasteten eingestuft, erhielt drei Jahre Bewährung und sollte eine Buße von 700 RM zahlen.⁵⁹ Ihr Rechtsanwalt Fritz Bauer legte Berufung ein. Der vormalige Ortsgruppenleiter Böck und der Ex-NS-Bürgermeister Adolf Schorer gaben eidesstattliche Erklärungen zu ihren Gunsten ab.⁶⁰ Sie selbst schrieb der Berufungskammer Oberbayern, ihre Arbeit sei von »echter Menschenliebe getragen« gewesen, habe den Armen und Ärmsten gedient und »nichts mit der Politik der NSDAP« zu tun gehabt.⁶¹ Die Berufs-



Franziska Heitmeyr, Führerin der NS-Kreisfrauenschaft

Foto: Bundesarchiv Berlin

kammer bescheinigte Heitmeyr im Februar 1949, »ihr Amt sauber und menschlich anständig geführt« und »hauptsächlich caritativ Gutes« geleistet zu haben. Die NS-Frauenschaftsführerin wurde zur Mitläuferin heruntergestuft und die Geldbuße erlassen.⁶²

Die Bürgermeister Eberth, Steindl und Schorer

Die US-Truppen setzten die Nazibürgermeister im Landkreis bei ihrem Einmarsch Ende April 1945 ab und internierten die meisten von ihnen. Im Entnazifizierungsverfahren behaupteten die vormaligen Rathauschefs, das Schlimmste verhindert und die Verwaltung unpolitisch geleitet zu haben.

Das Spruchkammerverfahren des früheren Bürgermeisters von Eichenau drehte sich um die Frage, ob Gustav Eberth Ende April 1945 Angehöriger der »Freiheitsaktion Bayern« (FAB) denunziert hatte oder nicht. Eberth bestritt es, sein Anwalt erklärte, der Befehl sei von Emmer ausgegangen. Die Aussagen der sechs betroffenen FAB-Mitglieder waren widersprüchlich, offen blieb, ob Eberth den Kreisleiter informiert hatte. Die Spruchkammer entschied im Zweifel für den Angeklagten und stufte Eberth als Minderbelasteten, Gruppe 3, ein mit sechs Monaten Bewährung. Eberth sei der Typus »eines willfähigen nazistischen Helfers ohne eigenen Willen«, aber sein Verhalten nicht verbrecherisch im Sinn des Gesetzes gewesen.⁶³

Eberth wurde 1881 im oberfränkischen Zeyern geboren, besuchte 1910 bis 1912 eine Militäranwärterschule und diente im Ersten Weltkrieg in Belgien und Galizien. Nach dem Krieg ging er zur Eisenbahn und wurde Stationsaufseher. 1924 zog Eberth nach Eichenau, wo er sich ein Siedlungshäuschen gekauft hatte, und kandidierte fünf Jahre später auf der Liste »Treu Eichenau« erfolgreich für den Gemeinderat. Er wurde Mitglied im Kirchenchor und Vorsitzender des TSV. Am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei, spä-



Josef Steindl, NS-Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter von Puchheim.

Foto: Bundesarchiv Berlin

ter noch der NS-Volkswohlfahrt, dem VDA, dem Luftschutzbund, dem Reichsbund für Leibesübungen (RfL), dem NS-Kolonialbund und dem Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB).⁶⁴ Als Eberth 1939 zum Reichsbahn-Obersekretär befördert werden sollte, urteilte Kreisleiter Emmer, der Mann sei »zu jedem Opfer bereit«. Insbesondere sei Parteigenosse Eberth »jederzeit einsatzbereit, um die Interessen der Ortsgruppe zu fördern und zu unterstützen«. Der Mann sei erster Beigeordneter in der Gemeinde Alling-Eichenau und bei den Einwohnern beliebt. Der NS-Gauamtsleiter urteilte: »Gegen seine politische Zuverlässigkeit bestehen nicht die geringsten Bedenken.«⁶⁵

Im Entnazifizierungsverfahren behauptete Eberth, die Partei habe ihm wegen seiner kirchlichen Gesinnung immer Prügel in den Weg geworfen. Nach Erlass der »Deutschen Gemeindeordnung« im Herbst 1935 habe er nicht mehr dem Gemeinderat angehören dürfen.⁶⁶ In der Akte finden sich zwei Briefe, in denen örtliche Funktionäre sich beim Kreisleiter beschwerten, Eberth würde sich vor dem »Parteidiens« drücken und habe im Turnverein gegen den Nationalsozialismus gesprochen.⁶⁷ Eberth erklärte, bis 1938, als er wieder in den Gemeinderat aufgenommen wurde, habe er gar keine Parteiarbeit geleistet, er sei eigentlich ein Verfolgter gewesen und bespitzelt worden. Er habe sogar Propagandaplakate in den Papierkorb geworfen oder als Schmierpapier benutzt. Nachdem Bürgermeister Hans Singer bei dem Versuch, einen Ehestreit zu schlichten, 1942 erschossen worden war, habe er das Amt kommissarisch übernehmen müssen. Die Geschäfte des abwesenden Ortsgruppenleiters gingen »automatisch« auf ihn über. »Im 3. Reich habe ich nur der anerkannten Staatsform gedient, fühlte mich vollkommen frei vom so genannten »Nazismus«, schrieb Eberth.⁶⁸ Zugunsten des abgesetzten NS-Bürgermeisters wurden in Eichenau dutzendweise »Persilscheine« abgefasst, sogar 95 Unterschriften gesammelt. Der

ehemalige Kreisleiter Emmer steuerte aus dem Internierungslager eine eidesstattliche Erklärung bei, derzufolge Eberth kein besonders aktiver Nazi gewesen sei.⁶⁹ Weniger günstig urteilten die Kollegen von der Bahn. Die Personalvertretung des Ausbesserungswerkes Neuaubing beschrieb Eberth als engagierten Nazi aus Überzeugung, in dessen Gegenwart es gefährlich gewesen sei, sich politisch zu äußern. Die Personalvertretung der Bahndirektion München nannte ihn einen Parteigenossen, der bis zuletzt an den Endsieg geglaubt habe, und lehnte eine Wiedereinstellung ab.⁷⁰ Dagegen schrieb der Politisch-Beratende Ausschuss der Direktion, Eberth habe Verständnis für »Fremdarbeiter« gezeigt und sei mehr Bürgermeister als Ortsgruppenleiter gewesen.⁷¹

Auf Antrag des Klägers, der eine Herabstufung zum Mitläufer vorschlug, weil Eberth die Kriterien für eine Bewährung erfüllt habe, wurde der Fall sechs Monate später nochmals vor der Brucker Spruchkammer verhandelt.⁷² Am 30. November 1948 wurde Eberth als Mitläufer von jeder Sühne befreit, wobei angerechnet wurde, dass er mehr als ein Jahr interniert war. Er sei der Partei zwar freiwillig beigetreten, aber nur, weil er berufliche Schwierigkeiten fürchtete, und habe seine Ämter als Bürgermeister und Ortsgruppenleiter nicht »zu Unterdrückungen oder Gewalttätigkeiten missbraucht«. Der Betroffene habe bis zuletzt als »willfähiges Werkzeug des Nationalsozialismus« gehandelt, weil er nicht genügend eigenes Entscheidungsvermögen und persönlichen Mut besessen habe, sich gegen ungerechte Parteimaßnahmen zur Wehr zu setzen.⁷³

Besonders betonte Eberth im Spruchkammerverfahren seine persönlichen Verdienste um den Bau der so genannten Friesenhalle. Die Eichenauer weihten die neue Halle Ende August 1936 ein, wenige Tage nach dem Ende der Olympischen Spiele in Berlin, bei denen deutsche Athleten die meisten Goldmedaillen und die Nazis im In- und Ausland an Prestige gewonnen hatten. Über die Halle in Eichenau berichtete die Lokalzeitung, das Bauwerk stünde abseits in »verträumter Verlorenheit« und sei »doch von so kraftvollen Konturen«, als solle sie Jahrtausende überstehen. Zur Feier wurde der Bau mit olympischen Ringen und dem Spruch »Großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit« geschmückt. Auf einer Bühne standen Büsten Hitlers und des antisemitischen Turners Ludwig Jahn (1778–1852), von dem der Spruch stammt: »Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück.« Benannt wurde die Halle in Eichenau nach Karl Friedrich Friesen (1784–1814), einem Mitstreiter Jahns, »dem Mitkämpfer des erwachten Deutschland«, dessen Geist in diesem Raum unsterblich bleiben möge, wie das *Fürstentfeldbrucker Wochenblatt* lobhüdelte. Gewürdigt wurde in dem Bericht auch »Vereinsführer« Eberth, der mit seinem Privatvermögen für den Verein gebürgt hatte.⁷⁴

Eberth starb 1957 in Eichenau. Im Oktober 1968 beschloss der Gemeinderat, ihn wegen seiner Verdienste um den Sport zu ehren: Eine Straße nahe der heutigen S-Bahn wurde nach dem NS-Bürgermeister und Ortsgruppenleiter benannt. Als die Kommune vor einigen Jahren das Viertel umgestaltete, verschwand dieser Straßename wieder.

Ähnlich wie im Fall Eberth war auch im Verfahren gegen seinen Puchheimer Amtskollegen die Frage, ob er Menschen denunziert hatte, entscheidend. Josef Steindl wurden zwei Fälle zur Last gelegt: Am 31. Januar 1944 hatte Steindl der Gestapo in München mitgeteilt, dass Frau F. behauptet habe, deutsche Flugzeuge hätten den Holzkirchner Bahnhof bombardiert.⁷⁵ Der Ex-Bürgermeister und Ortsgruppenleiter der

NSDAP rechtfertigte sich damit, er habe eine solche Äußerung »doch nicht gut sein lassen« können. Die Betroffene erklärte der Spruchkammer als Zeugin, der Vorfall habe für sie keine Konsequenzen gehabt, im Übrigen sei Steindl als Bürgermeister »sehr gerecht« gewesen.⁷⁶

Für ihn sprachen auch 24 »Persilscheine«, darunter einer vom Pfarrer und einer von Bürgermeister Franz Ertl, einem Architekten wie Steindl, der lobte, dass sein NS-Vorgänger trotz einer Anordnung des Kreisleiters Emmer nicht gegen Schwarzbauten eingeschritten sei. In einer eidesstattlichen Erklärung schrieb Ertl, er habe mit Steindl im Vorstand des Gartenbauvereins Puchheim-Bahnhof zusammengearbeitet. Steindl sei ruhig und anständig, habe sich nie für den Nationalsozialismus ausgesprochen, aber für Zwangsarbeiter engagiert. Wieso Steindl dann überhaupt zu seinen NS-Funktionen kam, erklärte Ertl folgendermaßen: »Nachdem er einmal für die Partei eingefangen war, habe Steindl unter dem Einfluss und mehr oder weniger Zwang des Kreisleiters die Geschäfte des Ortsgruppenleiters geführt.«⁷⁷

In seinem Meldebogen hatte Steindl, der 1893 in Stammhamm geboren war und seit Dezember 1918 in Puchheim lebte, nur angegeben, dass er der NSDAP 1933 beigetreten und 1936 zum Ortsgruppenleiter ernannt worden sei. Außerdem war Steindl aber auch Mitglied von Naziorganisationen wie Kolonialbund und VDA gewesen.⁷⁸ In der Verhandlung erklärte Steindl, er sei aufgefordert worden, der Partei beizutreten, habe sich verpflichtet gesehen, das Amt des Ortsgruppenleiters zu übernehmen, aber nur Pflichtversammlungen abgehalten. Als Bürgermeister sei er 1937 von der Kreisleitung eingesetzt worden. Er sah sich selbst als unbelastet.⁷⁹

Die Spruchkammer stufte Steindl im Juni 1948 als Mitläufer ein und verhängte ein Buße von 300 RM. Der Mann habe sich als Ortsgruppenleiter »weder propagandistisch, agitatorisch noch sonstwie aktivistisch« für den Nationalsozialismus eingesetzt, befand das Gremium unter Vorsitz von Arthur Hantke. Im Fall der denunzierten Frau habe sich Steindl in einer Zwangslage befunden.⁸⁰ Tatsächlich hatte Steindl der Gestapo aber nicht bloß deren angebliche Vorwürfe gegen die Wehrmacht gemeldet, sondern auch mitgeteilt: »Zur weiteren Beurteilung der F diene ich noch zur Kenntnis, dass F schon vor Jahren immer wieder innerhalb der Bevölkerung Unruhe stiftete, sodass ich dauernd mit ihr Schwierigkeiten hatte und ihr wiederholt energisch entgegentreten musste.«⁸¹ Worin die Zwangslage bestand, aus der heraus der Puchheimer Nazibürgermeister der Gestapo dies dienend zur Kenntnis geben zu müssen glaubte, erörterte die Spruchkammer nicht.

Der Kläger bei der Hauptkammer München legte Berufung ein, wegen einer zweiten Denunziation. Nach der Weihnachtsfeier der Mitarbeiter der Hausmüllverwertung in Puch-



Adolf Schorer, NS-Bürgermeister von Fürstenfeldbruck.

Foto: Bundesarchiv Berlin

heim am 18. Dezember 1936 in der Gaststätte Birkengarten soll Josef W. Parteigrößen beleidigt haben. Ein Blockleiter meldete Steindl das Gerede. Der zeigte den Arbeiter bei der Gendarmerie in Germering an. Im Oktober 1937 wurde W. zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.⁸² Die Hauptkammer München meinte dazu im Oktober 1949, Steindl wäre selbst in Gefahr gewesen, hätte er den Vorfall nicht weitergeleitet.⁸³ Der Kassationshof hob den Spruch auf. Steindl habe W. nicht als Bürgermeister, sondern als Ortsgruppenleiter angezeigt und damit den Nationalsozialismus »wesentlich« gefördert.⁸⁴ Die Hauptkammer München stellte das Verfahren im November 1950 ein. Steindl habe als Bürgermeister »muster-gültig gearbeitet«. Er habe großzügig für Ausländer gesorgt, einen Bauern, der mit einer Ukrainerin ein Kind hatte, geschützt, sechs Nicht-Parteigenossen in den Gemeinderat berufen, darunter zwei Nazigegner, und alle Denunziationen abgewiesen, außer in den Fällen W. und F. Aus dem Protokoll ist nicht ersichtlich, ob die Hauptkammer die anderen Fälle von Denunziation überprüft hat.⁸⁵



Die unter NS-Bürgermeister Adolf Schorer errichtete Siedlung in Fürstenfeldbruck.

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

Günstig kam auch Adolf Schorer, NS-Bürgermeister von Fürstenfeldbruck, davon. Schorer wurde 1899 in Langenhaslach bei Krumbach geboren. Im Ersten Weltkrieg wurde er durch eine Granate schwer verletzt. Er arbeitete beim Postamt Nördlingen, bestand die Prüfung für den mittleren Dienst und wurde 1923 nach Bruck versetzt. Nach seiner Heirat lebte Schorer von 1925 bis 1927 in Moorenweis. Im August 1927 kehrte er nach Bruck zurück.⁸⁶ Der NSDAP trat Schorer 1931 bei, »freiwillig und aus reinem Idealismus«, wie er 1948 in der Spruchkammerverhandlung erklärte, »ich war Nationalsozialist in gutem Sinne.« 1932 und 1933 amtierte er als Ortsgruppenleiter der NSDAP.⁸⁷ Am 9. März 1933, zu einer großen Feier der SA, wollten er und zwei weitere Nazis die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus hissen, wogegen Bezirksamtman Sepp protestierte. Ende April wurde Schorer im gleichgeschalteten Marktgemeinderat von der NS-Mehrheit zum Bürgermeister gewählt.⁸⁸ Schorer war SA-Mitglied und trat in deren Uniform auf, so bei der Einweihung des Schlageter-Denkmal am Gerblkeller im Mai 1933. Als Redner agierte der Bürgermeister im Landkreis etwa am 9. November 1938, dem Tag der Pogromnacht, an dem er in Olching sprach. Er mahnte, die Kirche solle sich »nicht in die Dinge des Staates mischen, der die Jugend in der nationalsozialistischen Weltanschauung erzieht.«⁸⁹

In einer Stellungnahme schrieb Bürgermeister Wachter, Schorer habe im Rathaus von seinen Untergebenen nicht nur den Eintritt, sondern »aktive Mitarbeit in der Partei« verlangt. Anfangs sei Schorer »etwas toleranter in manchen Dingen« gewesen, wurde aber »im Laufe der Zeit ausgesprochen unduldsam«. Fast bis zuletzt habe Schorer an den »Endsieg« geglaubt und sich als »Herrscher und Diktator der Stadt« gebärdet, schrieb Wachter.⁹⁰ Auch der Leiter der Stadtwerke, Franz Wagner, belastete Schorer, indem er ihn als aktiven und überzeugten Nazi bezeichnete.⁹¹ In dem Prozess im Oktober 1948 kam der Fall einer Putzfrau zur Sprache, die im Rathaus einem Kriegsgefangenen Zigaretten gegeben hatte. Auf Veranlassung Schorers sei die Frau vor dem Rathaus kahlgeschoren worden. Ein Zöllner berichtete, Schorer habe im Schlachthof Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung behindert, um Parteigenossen zu decken.⁹²

Dagegen behauptete Schorer, mehrere Juden geschützt zu haben. Der frühere Bezirksamtman Sepp erklärte dazu, der Bürgermeister habe ihm geholfen, die Familie des Malers Henrik Moor zu schützen, obwohl Schorer deren jüdische Herkunft bekannt gewesen sei. In dem Verfahren traten viele Entlastungszeugen auf, aber kein Mitglied der Familie Moor. Dafür gaben Arbeiter und Angestellte, die in der unter Schorer geschaffenen Siedlung in der Rißfeldstraße wohnten, kollektiv einen »Persilschein« für ihn ab.⁹³ Ein sozialdemokratischer Kommunalpolitiker berichtete, er sei im Juli 1933 auf Initiative Schorers aus der Schutzhaft entlassen worden.⁹⁴ Der frühere Stadtoberinspektor Thomas Mall behauptete, Schorer habe Ende der dreißiger Jahre einen russischen Juden geschützt und unterstützt.⁹⁵ Diese Angaben wurden, der Akte nach zu schließen, nicht weiter überprüft. Mall gehörte der NSDAP seit 1. Mai 1933 an und wurde von Bezirksamtman Sepp im Sommer 1942 für das Kriegsverdienstkreuz Zweiter Klasse vorgeschlagen, weil er im Rathaus sämtliche kriegswirtschaftlichen Aufgaben »in ausgezeichneten mustergültiger Weise unter Einsatz seiner ganzen Arbeitskraft« erledigt hatte.⁹⁶ Keine Rolle scheint im Verfahren gegen Schorer die Denunziation eines Freiherrn von Thielmann gespielt zu haben. Der Mann soll im September 1938 in der Sparkasse wegen eines Hitlerbildes geschimpft haben. Angestellte und

Schorer denunzierten ihn. Der Mann wurde vom Bezirksamt in die Psychiatrische Abteilung von Stadelheim eingewiesen.⁹⁷

Der Kläger bemängelte, dass Schorer im Meldebogen falsche Angaben gemacht hatte. Schorer sei auch Kreisamtsleiter und ab 1936 Gauleiter für Kommunalpolitik gewesen. Seine Funktion als Ortsgruppenleiter hatte er ebenfalls verschwiegen.⁹⁸ Die Spruchkammer stufte den ehemaligen Bürgermeister in Gruppe 3 der Minderbelasteten ein. Er bekam zweieinhalb Jahre Bewährung und 1000 Mark Buße, was durch die Internierung abgegolten war. Die Kammer hielt ihm eine »tolerante Haltung gegenüber Andersdenkenden« zugute, dazu die Kriegsverletzung und ein Herzleiden.⁹⁹ Schorers Rechtsanwalt ging in die Berufung wegen angeblicher formaler Fehler in der Begründung. Es ging darum, dass Schorer als weitere Buße nur 20 Prozent seiner Rente bekommen sollte.¹⁰⁰ Die Berufungskammer München hob den Brucker Spruch auf, die Hauptkammer München erklärte Schorer im April 1950 zum Mitläufer, der keine weitere Sühne leisten musste.¹⁰¹

Als Schorer im März 1979 verstorben war, schrieb eine Lokalzeitung in ihrem Nachruf über den einstigen NS-Bürgermeister: »Als sparsamer, sozial eingestellter und auf Ausgleich bedachter Mann blieben ihm allerdings nur sechs Jahre für eine friedliche Aufbauarbeit.«¹⁰² Die Stadt veröffentlichte eine Todesanzeige, in der Bürgermeister Max Steer (CSU) den Nazivorgänger rühmte: »In schwieriger und schwerer Zeit war er stets um das Wohl der ihm anvertrauten Bürger bemüht. Fürstenfeldbruck verdankt ihm viel.«¹⁰³

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

- ¹ Staatsarchiv München (StAM), Spruchkammerakte Jakob Sedlmayr, Karton 2779, Protokoll der Spruchkammersitzung vom 3. 1. 1947 und 16. 1. 1947.
- ² StAM, Sedlmayr, Karton 2779, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 3. 1. 1947 und 16. 1. 1947.
- ³ StAM, Sedlmayr, Karton 2779, Arbeitsblatt des Klägers, Angabe von Bürgermeister Wegmann.
- ⁴ StAM, Sedlmayr, Karton 2779, Erklärung von SPD, KPD und CSU, 20. 8. 1946.
- ⁵ StAM, Sedlmayr, Karton 2779, Meldebogen Sedlmayr, 29. 4. 1946.
- ⁶ StAM, Sedlmayr, Karton 2779, Aussage Sedlmayr, Protokoll Spruchkammersitzung vom 3. 1. 1947.
- ⁷ StAM, Sedlmayr, Karton 2779, Plädoyer des Anwalts, Protokoll Spruchkammersitzung vom 16. 1. 1947.
- ⁸ StAM, Sedlmayr, Karton 2779, Urteil der Sprk. FFB, 16. 1. 1947, Aussagen von Zeugen laut Protokoll Spruchkammersitzung 3. 1. 1947 und 16. 1. 1947.
- ⁹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA), Akten des Sonderministeriums (MSO), 359, Protokoll der Besprechung betreffend Sprk. FFB, 10. 2. 1947, siehe auch: Peter Bierl: Zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstenfeldbruck, Teil 1. In: Amperland 43/1 (2007), S. 11–18.
- ¹⁰ BayHStA, MSO 416, Brief von Loritz an Loichinger, 28. 2. 1947.
- ¹¹ StAM, Sprk. FFB, Karton 2779, Sedlmayr, Urteil der Sprk. FFB, 8. 9. 1947.
- ¹² Hans Wöller: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955. Stuttgart 1982, S. 72; Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch. Opladen 1986, S. 2475.
- ¹³ Bayerischer Staatsanzeiger, 2. Jahrgang, Nr. 30, 26. 7. 1947, S. 1.
- ¹⁴ Wöller, S. 78; Stöss, S. 810 und 2475.
- ¹⁵ Wöller, S. 76; Peter Jakob Kock: Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986, Band 1: Chronik. Bamberg 1986, S. 389; Stöss, S. 454.
- ¹⁶ Amtsblatt des Landkreises Fürstenfeldbruck, Nr. 12, 20. 4. 1948 und Nr. 13, 21. 5. 1948.
- ¹⁷ StAM, Spruchkammerakte Heinrich Böck, Karton 161, Aussage Stadtpfarrer Mayr, 20. 3. 1947.
- ¹⁸ Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Schreiben Neumeier, undatiert.
- ¹⁹ StAM, LRA 11496, Akt des Bezirksamts Weilheim, Personalakt Heinrich Böck.
- ²⁰ Bundesarchiv Berlin (BA), NSLB-Listen 3330/0009/94, Personalbogen des Amts für Erzieher, 24. 11. 1941; PK 1000/0871/78, Bestand NSLB, NSDAP-Gaukartei, Führerkartei. Bei dem angegebenen Wehrkraftverein könnte es sich um den Deutschen Wehrverein handeln, der 1912 auf Initiative des Alldeutschen Vereins gegründet wurde, um Aufrüstung und aggressive Außenpolitik zu propagieren. Im Ersten Weltkrieg agitierte der Verein für rücksichtslose Kriegsführung und großräumige Annexionen durch Deutschland, vgl. Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Band 2. Leipzig 1984, S. 330 ff.

Manche »Gottgläubige« rechneten sich den faschistischen Strömungen der »Deutschen Glaubensbewegung« oder den »Deutschen Christen« zu. Letztere verfochten ein von »semitischen« Elementen gesäubertes »arisches« Christentum. Deren eifrigster Verfechter in Fürstenfeldbruck war der Musiker Otto Reber, der der »Deutschen Glaubensbewegung« angehörte sowie dem Brucker NS-Kunstring.

²¹ Z. B. Fürstenfeldbrucker Zeitung, Nr. 253, 28. 10. 1942.

²² StAM, NSDAP 978, Karteikarte Rednerausweis Böck.

²³ Anna Popper, Hauptlehrerin, Erklärung an den Vorprüfungsausschuss für die Lehrerschaft des Kreises FFB, 20. 3. 1947.

²⁴ StAM, Böck, Karton 161, Protokoll Verhandlung vom 3. 8. 1948.

²⁵ Zit. StAM, Böck, Karton 161, Böck laut Protokoll Verhandlung vom 3. 8. 1948.

²⁶ StAM, Sprk. FFB, Karton 161, Böck, Aussage Göppel und Lehmann laut Protokoll Verhandlung vom 3. 8. 1948, siehe dazu auch: StAM, Spruchkammerakte Ernst Crasser, Karton 2735, Der Brucker Kunstmaler Ernst Crasser wurde von Berthold Lehmann beschuldigt, ein Gestapospitzel gewesen zu sein, der seinen Aufenthalt in der Stadt bei Böck denunziert habe. Böck entlastete Crasser in dessen Verfahren mit der Aussage, Crasser habe Lehmann nicht gemeldet und sei auch kein Gestapo- oder SD-Spitzel gewesen (Blatt 39). *Peter Bierl*: Im Wandschrank den Nazi-Terror überlebt. In: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe FFB, 25. 1. 2003.

²⁷ StAM, Sprk. FFB, Karton 161, Böck, Urteil der Sprk. FFB, 3. 8. 1948.

²⁸ StAM, Sprk. FFB, Karton 161, Böck, Urteil Berufungskammer München, 1. 10. 1949.

²⁹ StAM, Sprk. FFB, Karton 161, Böck, Hauptkammer München, 10. 12. 1952; Berufungskammer München, 2. 3. 1953.

³⁰ Zit. Schreiben Stadt FFB an Kultusministerium, 10. 6. 1952, StAM, Sprk. FFB, Karton 161, Böck.

³¹ Zit. *Helmut Geys*: Der politische Neubeginn nach dem Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In: Brucker Blätter 1997, S. 44.

³² StAM, Sprk. FFB, Karton 161, Böck, Schreiben Justizministerium, 15. 12. 1959.

³³ Zit. BA, Franz Emmer, PK C 0061, Emmer, Politischer Lebenslauf zum Antrag auf Erwerb der Dienstausszeichnung, 22. 11. 1942 (Bild 3026).

³⁴ Zit. BA, Emmer, PK C 0061, Emmer, Politischer Lebenslauf zum Antrag auf Erwerb der Dienstausszeichnung, 22. 11. 1942 (Bild 3028).

³⁵ BA, Emmer, PK C 0061, Bild 2994 ff., insbesondere Fragebogen für die ersten Mitglieder der NSDAP/DAP vom 15. 10. 1933 (Bild 3018–3021), und Politischer Lebenslauf zum Antrag auf Erwerb der Dienstausszeichnung, 22. 11. 1942 (Bild 3026–3028), Parteistatistische Erhebung 1939 (Bild 3034).

³⁶ Zit. *Barbara Falt*: Die Kreisleiter der NSDAP nach 1945. In: *Martin Broszat* u. a. (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. 3. Aufl. München/Oldenbourg 1990, S. 249.

³⁷ *Falt*, S. 250; *Anselm Roth*: Die verletzte Ehre der deutschen Frau. Der Landkreis im Dritten Reich. In: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe FFB, 9. 8. 1991.

³⁸ *Falt*, S. 251.

³⁹ Zit. Süddeutsche Zeitung, Ausgabe FFB, 17. 9. 1988.

⁴⁰ *Falt*, S. 251 ff.

⁴¹ *Falt*, S. 254.

⁴² Zit. StAM, LRA 11541, Akten des Bezirksamts FFB, Personalakt des Hauptlehrers Georg Gruber, Aufkirchen, Visitation, 25. 5. 1910, Egenhofen.

⁴³ StAM, LRA 11541, Personalakt Gruber.

⁴⁴ StAM, NSDAP 978, Schreiben Gruber an NS-Gauleitung München-Oberbayern, Amt für Erzieher, NS-Lehrerbund, 12. 10. 1938, NSLB-Karteikarte mit Passfoto.

⁴⁵ Zit. Fürstenfeldbrucker Zeitung, 15. 11. 1938 und 30. 11. 1938.

⁴⁶ StAM, LRA 11541, Personalakt Gruber, Bezirksamtsmann an Regierungspräsidenten, 13. 12. 1941.

⁴⁷ StAM, LRA 11541, Personalakt Gruber, Bezirksschulamt FFB, Oktober 1942. Stadtarchiv FFB, Spruch der Hauptkammer München-Land, 24. 2. 1949, Spruch der Berufungskammer München, 1. 10. 1949 (jeweils Abschriften).

⁴⁸ Süddeutsche Zeitung, Ausgabe FFB, 15./16. 9. 1979.

⁴⁹ Zit. StAM, Spruchkammerakte Franziska Heitmeyr, Karton 2750, Protokoll Verhandlung 17. 9. 1948.

⁵⁰ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Begutachtungen Emmer, 15. 5. 1935, 24. 7. 1939 und 14. 9. 1942.

⁵¹ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Aktennotiz Zeugin Deihle, 30. 9. 1948; Schreiben August Werner, 17. 7. 1948; Schreiben Wilhelmine Schweinesbein, 4. 8. 1947 und 8. 6. 1948.

⁵² StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Schreiben Wachter, 4. 8. 1947.

⁵³ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Vorhalt des Vorsitzenden, Protokoll Verhandlung vom 17. 9. 1948.

⁵⁴ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Schreiben Heitmeyr, 2. 7. 1947.

⁵⁵ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Protokoll Verhandlung vom 17. 9. 1948.

⁵⁶ Fürstenfeldbrucker Wochenblatt, 11. 3. 1935, S. 3.

⁵⁷ Z. B. BA, PK H 0144, Heitmeyr, Schreiben an die Zivilverwaltung Straßburg/Elsass über Amelie Koebner-Linke, 22. 4. 1941.

⁵⁸ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Sprk. FFB, 8. 11. 1948.

⁵⁹ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Eidesstattliche Erklärung Böck, 30. 11. 1948; Schorer, 6. 11. 1948.

⁶⁰ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Schreiben Heitmeyr, 4. 12. 1948.

⁶¹ StAM, Heitmeyr, Karton 2750, Berufungskammer Oberbayern, 10. 2. 1949.

⁶² StAM, Spruchkammerakte Gustav Eberth, Karton 2738, Sprk. FFB, Urteil 19. 5. 1948.

⁶³ StAM, Eberth, Karton 2738, Meldebögen Eberths vom 24. 8. 1946 und 12. 6. 1947; OMGUS-Fragebogen vom 10. 11. 1945; mündliche Auskunft Gemeindegarchiv Eichenau, 26. 5. 2006.

⁶⁴ BA, Gustav Eberth, PK B 0435, Bild 2941 f.; Beurteilung Emmer, 1. 6. 1939, Bild 2940; Gauamtsleiter 12. 7. 1939, Bild 2951 f.

⁶⁵ StAM, Eberth, Karton 2738, Bericht Eberth, 16. 12. 1945.

⁶⁶ StAM, Eberth, Karton 2738, Schreiben DAF-Ortsobmann Schlimper an NS-Stützpunkt Eichenau, 11. 1. 1938; Schreiben Stützpunktleiter Georg Frasch an Kreisleitung, undatiert.

⁶⁷ StAM, Eberth, Karton 2738, Bericht Eberth, 16. 12. 1945.

⁶⁸ StAM, Eberth, Karton 2738, eidesstattliche Erklärung Emmer, 15. 10. 1947.

⁶⁹ StAM, Eberth, Karton 2738, Schreiben Personalvertretung Reichsbahn-Ausbesserungswerk, 18. 4. 1947; Schreiben Personalvertretung Reichsbahndirektion München, 18. 4. 1947.

⁷⁰ StAM, Eberth, Karton 2738, Politisch-Beratender Ausschuss der Reichsbahndirektion München, 22. 7. 1947.

⁷¹ StAM, Eberth, Karton 2738, Kläger an Sprk. FFB, 8. 11. 1948.

⁷² StAM, Eberth, Karton 2738, Urteil Sprk. FFB, 30. 11. 1948.

⁷³ Fürstenfeldbrucker Wochenblatt, 31. 8. 1936.

⁷⁴ StAM, Spruchkammerakte Josef Steindl, Karton 2787, Schreiben Steindl an Gestapo München, 31. 1. 1944.

⁷⁵ StAM, Steindl, Karton 2787, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 4. 6. 1948.

⁷⁶ StAM, Steindl, Karton 2787, eidesstattliche Erklärung von Bürgermeister Ertl, 17. 11. 1947.

⁷⁷ StAM, Steindl, Karton 2787, Meldebogen 19. 1. 1947.

⁷⁸ StAM, Steindl, Karton 2787, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 4. 6. 1948.

⁷⁹ StAM, Steindl, Karton 2787, Urteil Sprk. FFB, 4. 6. 1948.

⁸⁰ Zit. StAM, Steindl, Karton 2787, Schreiben Steindl an Gestapo München, 31. 1. 1944.

⁸¹ StAM, Steindl, Karton 2787, Schreiben Kläger der Hauptkammer München, 5. 7. 1949.

⁸² StAM, Steindl, Karton 2787, HK München, 19. 10. 1949.

⁸³ StAM, Steindl, Karton 2787, Kassationshof, 13. 3. 1950.

⁸⁴ StAM, Steindl, Karton 2787, Protokoll Verhandlung HK München, 13. 9. 1950; Urteil der HK München, 24. 11. 1950.

⁸⁵ StAM Spruchkammerakte Adolf Schorer, Karton 1692 (verfilmt), Schreiben des Klägers, 17. 8. 1948; Meldebogen Schorer, 20. 5. 1947.

⁸⁶ StAM, Schorer, Karton 1692, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 4./5. 10. 1948.

⁸⁷ *Klaus Wollenberg*: Reich und Republik. Die Entwicklung von Weimar bis Bonn (1818–1992). In: *Heyo Busley, Toni Drexler, Klaus Wollenberg* u. a. (Hrsg.): Der Landkreis Fürstenfeldbruck. Fürstenfeldbruck 1992, S. 239; StAM, Spruchkammerakte Karl Sepp, Karton 1521; BayHStA, Personalakte Karl Sepp, Innenministerium (Minn) 85052, Beschwerdebrief der NSDAP-Ortsgruppe FFB, 20. 3. 1933, unterschrieben von Lorenz Mark und dem Ortsgruppenleiter Schorer.

⁸⁸ Fürstenfeldbrucker Zeitung, 5. 12. 1938.

⁸⁹ StAM, Schorer, Karton 1692, Schreiben Wachter, 4. 8. 1947.

⁹⁰ StAM, Schorer, Karton 1692, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 4./5. 10. 1948.

⁹¹ StAM, Schorer, Karton 1692, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 4./5. 10. 1948.

⁹² StAM, Schorer, Karton 1692, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 4./5. 10. 1948. Zur Geschichte und Verfolgung der Familie Moor, vgl. *Klaus Wollenberg*: »Wir fordern Sie auf, Ihre arische Abstammung nachzuweisen«. Der jüdische Maler Henrik Moor in den Jahren des Dritten Reiches. In: *Amperland* 41/1 (2005), S. 5 ff. sowie StAM, LRA 10627 Einbürgerung des Kunstmalers Moor Heinrich in FFB.

⁹³ StAM, Schorer, Karton 1692, Schreiben Unkmeier, 3. 7. 1948.

⁹⁴ StAM, Schorer, Karton 1692, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 4./5. 10. 1948.

⁹⁵ BA, Thomas Mall, PK H 0358, Bild 0054, 0058; im Entnazifizierungsverfahren bescheinigte der zweite Bürgermeister Neumeier (SPD) Thomas Mall, dieser sei der NSDAP beigetreten und habe sich ihr »voll und ganz« zur Verfügung gestellt, um seine Arbeit zu behalten. Mall wurde außerdem Mitglied in mehreren NS-Massenorganisationen und zum Oberinspektor befördert. Anfang 1948 wurde Mall zum Mitläufer erklärt und die Beförderung rückgängig gemacht, Stadtarchiv FFB, A 0-5/10.

⁹⁶ StAM, Schorer, Karton 1692, Abschrift Schutzpolizei FFB, 1938; Psychiatrische Abteilung Stadelheim an Gestapo, 18. 10. 1938; Gestapo an Bezirksamtsmann, 30. 1. 1942.

⁹⁷ StAM, Schorer, Karton 1692, Ermittlungsbericht, 11. 5. 1948.

⁹⁸ StAM, Schorer, Karton 1692, Urteil Sprk. FFB, 5. 10. 1948.

⁹⁹ StAM, Schorer, Karton 1692, Schreiben Anwalt an Generalkläger, 20. 10. 1948.

¹⁰⁰ StAM, Schorer, Karton 1692, Berufungskammer München, 26. 9. 1949, Hauptkammer München, 4. 4. 1950.

¹⁰¹ Zit. Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 27. 3. 1979.

¹⁰² Anzeige Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 28. 3. 1979.

Danksagung

Ich bedanke mich bei Robert Bierschneider, Staatsarchiv München, und Michael Volpert, Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, für ihre Hilfe bei der Recherche sowie bei Micky Haque, Berlin, der im Bundesarchiv, dem früheren Berliner Document Center, für mich Akten ausgewertet hat. Kurt Lehnstaedt hat mir wertvolle Hinweise über Ereignisse in Gröbenzell gegeben.

Anschrift des Verfassers:

Peter Bierl, Kirchberg 7, 86938 Schondorf a. A.